

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/103

Bonn, den 4. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Rebellische Generation 70

Ausdruck ungelöster Probleme der modernen Industriegesellschaft

3 - 3a Nur ein Mirklang oder Provokation ? 68

Schrille Töne bei der Pommerschen Landesratswahl

4 Vor einer Machtprobe in Dänemark ? 34

Protestwelle der Arbeitnehmer gegen die Regierung

5 - 6 Europa in Zahlen 86

Die großen Erfolge der EWG

* * *

Rebellische Generation

Ausdruck ungelöster Probleme der modernen Industriegesellschaft

G.M. - In fast allen Staaten des europäischen Kontinents manifestiert sich der Widerstand junger Menschen gegen das sogenannte Establishment. Die Forderungen der jungen Menschen, gerichtet an "die Gesellschaft" sind unterschiedlich. Gemeinsam ist allen jedoch der Unwille über seit langem vernachlässigte Reformen, über verneintlichen Unverstand der älteren Generation und nicht zuletzt über die zur Schau getragene Gleichgültigkeit staatlicher Instanzen gegenüber dem Ruf nach Veränderungen.

Es ist kein Zufall, daß alle diese Bewegungen zunächst an den Universitäten entstehen. Einmal sind hier ohne Zweifel die geistig beweglichsten Schichten der jungen Generation zu finden, zum anderen drückt sich aber auch im Bereich des Universitätslebens allzu oft ein sagenhaftes Beharrungsvermögen auf althergebrachten Traditionen aus. Außerdem: In den letzten zehn Jahren haben die politischen Wissenschaften, die Soziologie und alle jene Disziplinen, die sich mit der Zukunft unseres Lebens beschäftigen, einen immer größeren Teil der Studierenden an sich gezogen. Die Folge davon ist, daß zahlreiche Studenten nicht mehr nur studieren, um schnell irgendein Abschlußexamen hinter sich zu bringen, sondern daß gerade mit der Beschäftigung der politischen Wissenschaften eine Betrachtungsweise der menschlichen Existenz im Gegenwart und Zukunft entwickelt wird, die viel Althergebrachtes als Ballast betrachtet, den es so schnell wie möglich zu beseitigen gilt.

Bei den jungen Arbeiter und Angestellten, die sich mancherorts mit den Studenten solidarisch fühlen und sich auch an deren Aktionen beteiligen, hat sich ebenfalls in letzter Zeit der Drang nach Neuem entwickelt. Arbeitskämpfe um Tarifverbesserungen werden nicht mehr als der ausschließliche Motor im Kampf um das Dasein betrachtet. Auch bei jungen Arbeitern und Angestellten geht es vielmehr um die Frage, wie im Zeitalter der Automation die Zukunft gestaltet werden kann und soll. Ein intelligenter junger Arbeiter oder Angestellter begnügt sich nicht mehr mit der Aussicht auf mehr Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung; er will wissen, wie sich das gesellschaftliche Leben gestalten wird, wenn in nicht allzu ferner Zeit die anonymen Mächte des Kapitals große

Gruppen von Arbeitnehmern aus dem Produktionsprozeß ausschalten und an deren Stelle Computer und andere, die menschliche Arbeitskraft ersparende Automaten gesetzt werden.

Gemessen an diesen Perspektiven erscheint einem heute 25-Jährigen das gesamte System der Berufsausbildung, der Sozial- und Altersversicherung überholt. Gewiß ist das alles vielen jungen Menschen nicht so bewußt, wie es hier dargestellt wird. Im Unterbewußtsein regt sich jedoch schon heute die Existenzangst, die zur Rebellion gegen Bestehendes führt.

In demokratisch regierten Ländern können die damit im Zusammenhang stehenden Fragen in einer permanenten Diskussion zwischen den Etablierten und den Drängenden zu guten Antworten geführt werden. Wo überschäumende Ungeduld und Anzeichen anarchistischer Betriebsamkeit auftreten, muß mit Maß und Bestimmtheit dem entgegengewirkt werden. Das ist sich eine demokratisch organisierte Gesellschaft schuldig. Sie würde sich selbst aufgeben, wäre sie nicht bereit, der Anarchie Paroli zu bieten.

In totalitären Staaten ergeben sich aus dem Drängen der jungen Generation noch viel schwierigere Probleme. Während die Etablierten in der demokratisch organisierten Gesellschaft an sich bereit sind, dem Drängen der jungen Generation Gehör zu verschaffen und dieses Drängen zum Teil auch selbst unterstützen, muß der totalitäre Staat praktisch um seine Existenz kämpfen. Es entspricht seinem Wesen, daß er sich gegenüber Veränderungen des gesellschaftlichen Gefüges abwehrend verhält und jederzeit - auch ohne nach den Motiven des Drängens der jungen Generation zu fragen - die Allmacht des Staates einsetzt, um diesen in Form und Inhalt erhalten zu können. Dadurch wird der Mechanismus eines absoluten Polizeistaates in Bewegung gesetzt, eines Staates, der Veränderungen seines Gefüges nur zuläßt, wenn er sie mit Staatsautorität selbst verfügt.

Natürlich gibt es bei den jetzt überall zu beobachtenden Formen der Auseinandersetzung zwischen der jungen Generation und den Etablierten Nuancen sowohl im Ausdruck als auch in der Zielsetzung. Unabhängig davon wird es in einer demokratisch organisierten Gesellschaft jedoch immer mehr darauf ankommen, daß wir uns daran gewöhnen, einander zuzuhören, damit wir uns verstehen lernen. Mit gegenseitigem Niederbrüllen oder dem Plakatieren von Spruchbändern wird unsere Gesellschaft nicht die Probleme lösen, die uns alle bedrängen.

Nur ein Mißklang oder Provokation ?

Schrille Töne bei der Pommerschen Landsmannschaft

sp - In der Eröffnungsveranstaltung zum Deutschlandtreffen der Pommeren in Kölner Gürzenich gab es einige Mißtöne, die von zahlreichen Teilnehmern auch als Provokation gewertet wurden. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, hatte bereits - mehrfach von starkem Beifall unterbrochen - etwa 40 Minuten gesprochen, als plötzlich ein junger Mann von den hinteren Sitzreihen nach vorn zur Rednertribüne drängte und mit Zwischenrufen andeuten wollte, die Bundesregierung bzw. der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, seien im Begriff, die Ostgebiete aufzugeben und die Ostdeutschen zu "verraten". Selbstverständlich verwahrte sich Wehner wegen derartige Unterstellungen. In den Beifall mischten sich erneut Zwischenrufe, die hauptsächlich von einer verhältnismäßig kleinen, aber kompakten Gruppe jüngerer Tagungsteilnehmer ausgingen. Der hartnäckige Zwischenrufer bezeichnete sich als Reserveoberleutnant der Bundeswehr...

Während ursprünglich geplant war, daß Wehner in Form eines Dialogs auf die im Programm vorgesehene Resolution und einen Kommentar zur politischen Lage, verlesen von Rolf Neumann, dem "Sprecher der jungen Generation", antworten sollte, hatte man mit einem offenbar gewollten Regiefehler das Referat Wehners vorgezogen und Herrn Neumann erst danach das Wort erteilt.

Was Neumann sagte, war eine Mischung von böswilligen Unterstellungen, phantastischen Gedankenkonstruktionen und provokatorischen Fragen. Der "Sprecher der jungen Generation" meinte u.a., die Bundesregierung sollte diplomatische Beziehungen zu Peking herstellen, weil Peking der Sowjetunion im eigenen Lager wirklich Paroli bieten könne. "Erst wenn in Moskau der Eindruck entsteht, daß mit Hilfe der Bundesrepublik die Industrialisierung Chinas um dreißig Jahre vorgezogen werden könne, wird man mit uns reden und unsere Sendboten nicht wie Dienstboten unverrichteter Sache an den Rhein zurückschicken."

Der Bundesregierung wurde von Herrn Neumann global unterstellt, sie habe überhaupt keine Deutschlandpolitik. Tendenz und Zielrichtung des Neumann'schen Referats wurde jedoch ganz deutlich, als dieser "Sprecher der jungen Generation" wörtlich erklärte:

- * "Eine Deutschlandpolitik, welche die Zukunft der Sowjetunion oder
- * Polens über die des eigenen Landes stellt, ist in unseren Augen
- * deshalb keine Deutschlandpolitik, sondern Ausdruck einer Bewusst-
- * seinsstörung."

Dieser und ähnliche Sätze veranlaßten den Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, nach dem Referat Neumanns noch einmal an das Rednerpult zu treten und im Namen der Bundesregierung mit aller Entschiedenheit die Unterstellungen des Redners zurückzuweisen.

Man muß fragen, was sich das Präsidium der Pommerschen Landsmannschaft gedacht haben mag, als es mit Hilfe einer Regieänderung den Bundesminister vor dem "Sprecher der jungen Generation" reden ließ und als es den ausgeschriebenen Text der Rede Neumanns schon vor der Veranstaltung der Presse und anderen Tagungsteilnehmern zur Verfügung stellte. - Auf diese Weise erhielt die Rede des "Sprechers der jungen Generation auf dem Kongreß der Pommerschen Landsmannschaft" die Bedeutung einer offiziellen Stellungnahme und blieb nicht - wie sie vielleicht ursprünglich beabsichtigt war - der Diskussionsbeitrag eines jungen Mannes, der sich eigene Gedanken über die deutsche Politik macht.

Wir sind überzeugt, daß diese Regie nicht dazu beiträgt, die ohne Zweifel guten Ziele der Mehrheit unserer pommerschen Landsleute in den Rahmen einer wirkungsvollen gesamtdeutschen Politik einzufügen. Zu dieser Bemerkung fühlen wir uns berechtigt, weil die offizielle Entscheidung der Pommerschen Landsmannschaft anlässlich ihres Deutschlandtreffens in Köln unter Berufung auf die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" in voller Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung steht und ohne Zweifel auch von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes gebilligt wird. Mit Recht hat der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen sowohl in seinem Referat als auch in seiner kurzen Antwort auf die Rede des "Sprechers der jungen Generation" darauf verwiesen, daß gerade wir Deutschen eine Situation in Europa herbeiführen müssen, in der Menschen verschiedenen Glaubens und Denkens miteinander sprechen können. Dazu gehört, daß wir in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte Friedensregelung vorbereiten helfen, die unserem wie auch anderen Völkern das Recht auf nationale Selbstbestimmung sichert.

Vor einer Machtprobe in Dänemark

Protestwelle der Arbeitnehmer gegen die Regierung

K1 - Zwischen den dänischen Gewerkschaften und der im Januar ins Amt gekommenen bürgerlichen Koalitionsregierung Dänemarks aus Linksliberalen, Rechtsliberalen und Konservativen unter dem linksliberalen Staatsminister Hilmar Baunsgaard, steht eine Machtprobe bevor. Die Gewerkschaften sind zutiefst unzufrieden über die Arbeitszeit-, Lohn-, Berufsausbildungs- und Mitbestimmungspolitik der neuen Regierung, die das sozialdemokratische Kabinett unter Jens Otto Krag ablöste.

Ausdruck der Unzufriedenheit ist vordergründig der schon länger anhaltende Streik in der Seeschifffahrt und bei den Telefonarbeitern. Es sieht aber jetzt so aus, als ob die Protestwelle der Arbeitnehmer in Dänemark noch zunehmen wird. Sie sind der Auffassung, daß das Stabilisierungsprogramm von Baunsgaard ausschließlich zu ihren Lasten erfolgt.

In einer Erklärung des dänischen Gewerkschaftsbundes heißt es, die neue Regierung sei "nicht löhempfängerfreundlich". Das Hauptabkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern mit seinem Schlichtungsmechanismus ist jetzt von den Gewerkschaften aufgekündigt worden. Der Vorsitzende der dänischen Gewerkschaft LO, Thomas Nielsen, hat nunmehr acht Forderungen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen, von denen die meisten dänischen Arbeitnehmer in den folgenden Monaten betroffen werden, bekanntgegeben.

Sie verlangen eine weitere Arbeitszeitverkürzung auch für die Schichtarbeiter und eine Urlaubsverlängerung auf vier Wochen jährlich. Besonders für Schichtarbeiter ist es nicht gelungen, in Verhandlungen die Arbeitszeit zu reduzieren. Ferner wird eine Lohnverbesserung vor allem für die Einkommen der unteren Löhne verlangt. Dazu wird eine volle Deckung für Preissteigerungen gefordert.

Den Gewerkschaften geht es ferner um eine Förderung der Berufsausbildung mit der Ausbildung für ungelernte Arbeiter und der Weiterbildung von Fachleuten. Um das zu erreichen, soll ein Ausbildungsfonds geschaffen werden, der auch dazu verwendet werden sollte, gewerkschaftliche Vertrauensleute auszubilden. Schließlich geht es dem dänischen Gewerkschaftsbund darum, die Sätze der Erwerbslosenversicherung für Arbeitslose zu erhöhen, die Mitbestimmung auszubauen und eine größere Flexibilität bei Lohn- und Tarifverhandlungen zu erreichen.

Europa in Zahlen

Die großen Erfolge der EWG

Die Europäische Kommission, die nach dem Zusammenschluß der drei Exekutiven die Spitze von EWG, Euratom und EGKS bildet, hat dem Europäischen Parlament ihren Bericht für 1967 vorgelegt. Wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sich seit ihrer Gründung entwickelt hat, wird mit Zahlen aus der Zeit vom 1. Januar 1958 bis einschließlich des Jahres 1966 (genaue Zahlen späteren Datums sind nicht vorhanden) gezeigt.

Bevölkerung

Von 1957 bis Ende 1966 ist die Bevölkerung der EWG um 10 Prozent von 167 037 000 auf 183 250 000 Köpfe, gestiegen: Deutschland (BR) von 53 661 000 auf 59 368 000, Frankreich von 44 311 000 auf 49 440 000, Italien von 48 742 000 auf 51 859 000, Niederlande von 11 026 000 auf 12 455 000, Belgien von 8 989 000 auf 9 523 000, Luxemburg von 308 000 auf 335 000.

Handelsaustausch

Das Jahr 1958 mit 100 gesetzt, erreichte der Handelsverkehr innerhalb der Gemeinschaft 238 im Jahre 1966. Dieser Zuwachs übertrifft weit den des Welthandels, der in demselben Zeitraum um nur 89 Prozent stieg und um nur 78 Prozent, wenn der Handel innerhalb der EWG berücksichtigt bleibt. - Von 1958 bis 1966 hat die Einfuhr der EWG aus der übrigen Welt um 90 Prozent zugenommen, die Ausfuhr nach der übrigen Welt um 85 Prozent.

Bruttosozialprodukt

Es stieg von 100 im Jahre 1958 auf 151 im Jahre 1966 und auf 159 im Jahre 1967 (vorläufige Berechnung), während gleichzeitig das von Großbritannien auf 131 bzw. 132 sowie das der USA auf 146 bzw. 150 stieg. Mit der Basis 1958 = 100 wuchsen die Bruttosozialprodukte der Bundesrepublik auf 152, Frankreichs auf 151, Italiens auf 157, der Niederlande auf 151, Belgiens auf 143.

Gold- und Devisenreserven

Die gesamten Reserven der sechs Länder an Gold und konvertiblen Devisen betrugen 11 906 Millionen USA-Dollar, sie stiegen bis 1967 auf 21 107 Millionen Dollar. Der Anteil des Goldes an der Gesamtreserve stieg von 57,03 Prozent im Jahre 1958 auf 71,83 Prozent im Jahre 1967. In den einzelnen Mitgliedsstaaten entwickelten sich die Reserven wie nachstehend (Gesamtreserven in Millionen Dollar, Goldanteil in Prozent)

	1958	1967
BRD	5372 - 46,04	6808 - 62,93
Frankreich	1050 - 71,45	5835 - 89,70
Italien	2139 - 50,77	4148 - 57,85
Niederlande	1448 - 70,23	2104 - 82,27
Belgien/ Luxemburg	1497 - 84,84	2212 - 68,44

Index der Verbraucherpreise

Auf der Basis 1958 = 100 sind die Verbraucherpreise von Anfang 1958 bis Ende September 1967 in Frankreich auf 139, in den Niederlanden auf 137, in Italien auf 136, in der Bundesrepublik auf 123, in Belgien auf 123, in Luxemburg auf 117 gestiegen. Zum Vergleich: Großbritannien 128, Vereinigte Staaten 115. Der Index der Großhandelspreise auf der gleichen Basis stieg bis Ende September 1967 in Frankreich auf 122, Niederlande 117, Italien 113, Belgien 111, BRD 103.

Privater Verbrauch

Von 1958 bis 1967 sind die privaten Verbrauchsausgaben, in gleichbleibenden Preisen gerechnet, in der Gemeinschaft insgesamt um 103 Prozent gestiegen, wobei die Zunahme pro Kopf der Bevölkerung 85 Prozent betrug. Die stärkste Zunahme hatte Italien mit 124 Prozent insgesamt und 107 Prozent pro Kopf, dann die Niederlande mit 124 bzw. 99 Prozent, Frankreich mit 112 bzw. 90 Prozent, BRD mit 88 bzw. 70, Luxemburg mit 80 bzw. 65 und Belgien mit 74 bzw. 63 Prozent.

Industrielle Produktion

Auf der Basis 1958 = 100 ist die industrielle Erzeugung in der EWG von 1958 bis einschließlich des ersten Halbjahres 1967 auf 171 gestiegen, nämlich etwas weniger als in den USA (173), doch bedeutend mehr als in Großbritannien (135). In den einzelnen Ländern: Italien 228, Niederlande 189, Frankreich 161, BRD 157, Belgien 156, Luxemburg 122. Die landwirtschaftliche Produktion auf der Basis 1956/57 = 100, ist in der EWG bis 1965/66 auf 129 gewachsen. Für die einzelnen Länder werden genannt: Frankreich 140, Niederlande 131, Italien 126, Belgien/Luxemburg 120, BRD 116.

Lohnentwicklung

Von 1958 bis einschließlich 1966 stieg der Lohn- und Gehaltsindex in der Gemeinschaft von 100 auf 197. In den einzelnen Ländern: Italien 100-218, Frankreich 100-203, Niederlande 100-201, BRD 100-186, Belgien 100-168.

Beschäftigung

Hier beziehen sich die Zahlen auf 1957 und 1966. Die zivile Erwerbsbevölkerung (verfügbare Arbeitskraft) ist von 73 935 000 auf 74 263 000 gewachsen, die Zahl der Arbeitsplätze jedoch von 71 365 000 auf 72 946 000. Die Arbeitslosigkeit fiel von 2 570 000 auf 1 317 000. Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung ging die zivile Erwerbsbevölkerung von 44,3 auf 40,5 Prozent zurück. Der Anteil der Arbeitslosen an der zivilen Erwerbsbevölkerung ging von 3,5 auf 1,8 Prozent zurück. - In fast allen Ländern der Gemeinschaft hat die zivile Erwerbsbevölkerung zugenommen: BRD von 25 966 000 auf 26 620 000, Frankreich von 18 950 000 auf 19 376 000, Niederlande von 4 020 000 auf 4 470 000, Belgien von 3 507 000 auf 3 678 000, Luxemburg von 132 000 auf 140 000. Nur in Italien gab es eine Abnahme von 22 330 000 auf 19 477 000. - Auch die Zahl der Arbeitsplätze nahm zu: in Deutschland von 25 207 000 auf 26 601 000, in Frankreich von 18 819 000 auf 19 456 000, in den Niederlanden von 3 968 000 auf 4 425 000, in Belgien von 3 424 000 auf 3 616 000, in Luxemburg von 132 000 auf 140 000; sie nahm ab in Italien von 19 815 000 auf 18 708 000. - Dennoch verminderte sich der Anteil der zivilen Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung: in der BRD von 48,4 auf 44,9; in Frankreich von 42,8 auf 39,9; in Italien von 43,8 auf 37,6; in den Niederlanden von 36,5 auf 35,9; in Belgien von 39,0 auf 38,6; in Luxemburg von 42,8 auf 41,8 Prozent.

(entnommen: DER SELBSTÄNDIG SCHAFFENDE)